EINFÜHRUNG

Fast genau an dem Tage, an dem Napoleon sich die französische Kaiserkrone auf's Haupt setzte, traf Stein in Berlin ein, um sein Ministeramt zu übernehmen. Preussen stand am Vorabend schwerer Entscheidungen. Denn die Zeitspanne des Friedens, den es sich durch die in Basel eingeleitete Neutralitätspolitik gesichert hatte, ging zu Ende. Die Frage, ob man sich für oder gegen das System erklären wolle, in welches der neue Imperator Europa zu zwingen suchte, musste entschieden werden. Würde der preussische Staat unter seiner damaligen Führung auf der Grundlage der überkommenen politischen und sozialen Ordnungen stark genug sein, diese Entscheidung aus eigener Kraft herbeizuführen und durchzukämpfen? Das waren die großen Fragen, die für die allernächste Zukunft gestellt waren, bei deren Lösung der neue Minister, weit über das ihm zunächst anvertraute Arbeitsgebiet hinauswachsend und hinausgreifend, zum Führer und Erneuerer eines ganzen Volkes und Staatswesens wurde.

Es blieben ihm nur wenige Monate ungestörter friedlicher Arbeit, ehe die Stunde der grossen Auseinandersetzung sich ankündigte. Wir streifen in der Sammlung der amtlichen und persönlichen Dokumente, die hier im zweiten Band unserer Publikation vorgelegt werden, nur kurz diese Anfänge des ersten Stein'schen Ministeriums, um wenigstens die Hauptprobleme aufzuzeigen, die in seinem Ressort zu bewältigen waren, und dabei vor allem seine Mitarbeit an den ersten schüchternen Versuchen einer Reform des Finanz- und Steuersystems sowie der Verwaltungsorganisation des preussischen Staates in den Jahren 1804 und 1805 dokumentarisch zu beleuchten.

Die weitere Betrachtung der amtlichen Tätigkeit Steins an Hand seiner Akten und Briefe führt dann sehr schnell in die Zeit der gewaltigen aussen- und innenpolitischen Entscheidungen hinein. Denn diese begann nicht erst mit dem Vorstoss Steins vom April 1806 oder mit dem Ausbruch des Krieges im Oktober des Jahres — das alles liegt ja schon im Zuge der Entwicklung, die einsetzt mit der Mobilmachung im Herbst 1805 und der missglückten politischen Intervention Preussens im Kampf Frankreichs gegen die dritte Koalition. Aus dieser Zeit stammen die ersten grossen Finanzdenkschriften Steins, der, mit der finanziellen Vorbereitung des Kampfes beauftragt, nunmehr eine umfassende Reform des preussischen

Steuersystems, vor allem die Einführung einer Einkommensteuer vorschlug. In dieser Zeit begann die wirtschaftliche und finanzielle Krise, die die nutzlose Mobilmachung und insbesondere der Handelskonflikt mit England hervorriefen, und die der verlorene Krieg in's Unermessliche steigerte. In dieser Zeit begann aber auch die rapide Verschlechterung der aussenpolitischen Lage Preussens, die Stein und seine Freunde schliesslich zur Überzeugung brachte, dass bei der damals bestehenden Organisation der obersten Staatsführung, dem System der Kabinettsregierung, die Monarchie dem Untergange preisgegeben sei, und die so den unmittelbaren Anlass zu der ersten grossen Reformdenkschrift Steins (vom 26./27. April 1806) gegeben hat. Die Forderung einer grundlegenden Neugestaltung der obersten preussischen Staatsführung, die hier zum erstenmal mit rücksichtsloser Entschiedenheit gestellt ist, rückte in den nächsten Monaten, in denen die aussenpolitische Entwicklung alle Befürchtungen Steins über die Unzulänglichkeit der herrschenden Führung bestätigte, immer mehr in den Mittelpunkt seines politischen Denkens und Handelns. Diese Forderung wurde, da die Aprildenkschrift nicht unmittelbar bis zum König durchgedrungen war, diesem in einer neuen Eingabe im September 1806, also unmittelbar vor der Katastrophe, direkt vortragen, sie wurde schliesslich nach dem Zusammenbruch zur Kernfrage für die Wiederaufrichtung des Staates überhaupt. Deswegen gab es hier für Stein keine Kompromisse, und diese bedingungslose Entschlossenheit, mit der er den Kampf gegen das System der Kabinettsregierung durchgeföhrt hat, führte schliesslich in den ersten Tagen des Jahres 1807 den Konflikt herbei, der mit Steins Entlassung endete.

Die Publikation verfolgt Schritt für Schritt die Entwicklung und Zuspitzung dieser dramatischen Auseinandersetzung. Sie ist damit bereits in die grosse für die Geschichte seines Lebens und des preussischen Staates entscheidende Epoche eingetreten, in der Stein zum Träger der politischen Zukunftsentwicklung Preussens und damit zu einer der zentralen Gestalten der preussisch-deutschen Geschichte geworden ist. Denn die Führerrolle, die er im Kampf gegen das Kabinet übernommen hatte, seine männlich feste Haltung mitten in den Schrecknissen und Wirren des Zusammenbruches, seine Ablehnung jeder äusseren und inneren Unterwerfung, sie machten ihn über alle Rückschläge seiner Politik hinweg zum Haupt und zur Hoffnung aller derer, die noch an eine Wiederaufrichtung des geschlagenen Staates glaubten.

Auf ihn blieben ihre Blicke auch gerichtet, als Stein nach Nassau abgegangen und damit von der politischen Bühne abgetreten war. An seine Rückkehr klammerten sich ihre Hoffnungen. Aber auch ihn selbst liess das Geschick des Staates nicht ruhen, dessen Grösse ihn einst bewogen hatte, in seine Dienste zu treten, und von dem er auch in jenen dunklen Tagen überzeugt blieb, dass mit seinem Schicksal auch das der deutschen Nation unauflöslich verknüpft sei. In den Wochen, die dem Vernichtungsfrieden von Tilsit vorausgingen, in der nach Redens Wort von den Preussen nicht mehr die Rede war, sodass es schien, als wären sie nie gewesen, in denen Stein selbst voll Wehmut die Lage Preussens mit der des gefallenen Athen verglich, hat er in Nassau das grosse Reformprogramm entworfen, das eine neue Epoche der inneren Geschichte Preussens einleitete und das mit dem Gedanken der Selbstverwaltung ein neues gestaltendes Prinzip in seine innere Entwicklung einfuhrte oder zu neuem Leben erweckte.

Denn, wenn die Nassauer Denkschrift zunächst auch ausgeht von der damals noch immer ungelösten Frage der Reorganisation der obersten Staatsbehörden und die Einführung des modernen Sachprinzips als alleinige Grundlage der Geschäftsverteilung verlangt, so liegt ihre entscheidende Bedeutung doch in den Forderungen, die Stein aus der Erkenntnis abgeleitet hat, dass mit den Mitteln einer auch noch so wohl organisierten Bürokratie allein die Krise des Staates nicht zu beheben war, dass das grosse Werk der Wiederaufrichtung Preussens nur dann gelingen und Bestand haben konnte, wenn es möglich war, die brachliegenden Energien des Volkes für die Mitarbeit am Staat zu gewinnen und Volk und Staat in dieser gemeinsamen Arbeit zusammenschweissen. Das bedeutet nicht, dass Stein die Notwendigkeit einer energischen und selbständigen Staatsführung verkannt hätte, oder dass er diese Führung den politischen Kräften, die er aufrief, hätte unterwerfen wollen. Ganz im Gegenteil: sie bildet das selbstverständliche Korrelat der Selbstverwaltungsidee in seinem politischen System. Nur im Rahmen einer geschlossenen Staatsordnung mit gesicherter Führung hat Stein die Selbstverwaltung gesehen, und ihr hat er sie einbauen wollen. In diesem Rahmen sollte sie Träger und Sachwalter bestimmter kommunaler Aufgaben sein, in diesem Rahmen sollte sie die Regierung mit den Wünschen und Nöten des Volkes bekanntmachen und sie bei ihren Bemühungen um ihre Abstellung unterstützen. Deshalb bedeutet die spätere, auf eine Autonomie der Selbst-

verwaltung hinzielende liberale Entwicklung eine verhängnisvolle Abirrung vom Wege Steins, deren nachteilige und zersetzende Wirkung noch dadurch gesteigert wurde, dass die Selbstverwaltungsorgane zum Instrument des Interessen- und Parteienkampfes und oft genug auch zum Instrument von Bestrebungen wurden, die — ein Hohn auf die Ideen und Ziele des Schöpfers dieser Einrichtungen — sich die Zersetzung und Zerstörung der Nation und ihrer Ordnungen zum Ziel gesetzt hatten. Freilich, indem man so die liberale Missdeutung seiner Selbstverwaltungsgedanken ablehnt, wird man sich doch auch davor hüten müssen, sie nun in einem entgegengesetzten, rein etatistischen Sinne umzudeuten. Denn das grosse Selbstverwaltungsprogramm Steins ist doch nur Ausfluss der Erkenntnis, dass der Staat nichts ausserhalb und unabhängig vom Volk Bestehendes sei, sondern nur die Ausdrucksform und der Rahmen seiner Lebensordnung, dass er deshalb ohne lebendige Verbindung mit dem Volk, ohne dessen tragende Mitarbeit auf die Dauer nicht existieren könne. Der diesen Erkenntnissen und Bestrebungen zugrundeliegende Volksbegriff ist in der Einleitung zu dem bereits erschienenen 5. Bande der Publikation herausgearbeitet worden. Dort wurde darauf hingewiesen, 1. dass nach Steins Geist und Willen nur diejenigen am politischen Leben der Nation teilhaben sollten, die durch geschichtliche Zugehörigkeit und eigene bewusste Entscheidung dem Dasein der Nation verhaftet und bereit sind, mit ihrem ganzen Sein und Denken ihm zu dienen und sich dafür einzusetzen, 2. dass die innere Geschlossenheit eines im nationalen Denken einigen, völlig auf die Lebensforderungen und Lebensnotwendigkeiten der Nation ausgerichteten Volkes für Stein die unbedingte und selbstverständliche Voraussetzung war, auf der alle seine Pläne über die Teilnahme des Volkes am Staatsleben beruhten. Dass dieses Volk für die grossen Aufgaben, die er ihm zuwies, erst erzogen werden müsse, darüber ist sich Stein ganz klar gewesen, und deshalb ist die Selbstverwaltung für ihn — neben allem, was er sich dafür an positivem Gewinn für den Staat versprach — ein politisches Erziehungsinstrument allererster Ordnung.

„Belebung des Gemeingeistes und des Bürgersinns, Benutzung der schlafenden oder falsch geleiteten Kräfte, Einklang zwischen dem Geist der Nation und ihren Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalchre“, das ist die grosse politisch-ethische Begründung und Zielsetzung

des Stein'schen Selbstverwaltungsprogramms, das in der Nassauer Denkschrift niedergelegt ist.

Die grosse Reformdenkschrift, deren genaues Entstehungsdatum nicht festzustellen ist, kann noch nicht lange vollendet gewesen sein, als in Memel der Entschluss gefasst wurde, den gestürzten Minister zurückzurufen.

Es ist immer als einer der grössten Momente im Leben Steins betrachtet worden, dass er, der im Zorne der Auseinandersetzung den preussischen Hof als „eine geistlose geschmacklose Zusammensetzung“, bezeichnet hatte, „keiner anderen als der faulenden Gärung fähig“, der sich vorgenommen hatte, im Falle einer Wiederberufung sich Garantien „gegen unanständige Behandlung“ geben zu lassen, dass er nun, als der Ruf wirklich an ihn erging, ihm ohne Zaudern und Besinnen folgte. „In diesem Augenblick des allgemeinen Unglücks wäre es sehr unmoralisch, seine eigene Person in Rechnung zu bringen“. Mitte August verliess er Nassau, am 30. September war er in Memel.

Es kann nicht der Zweck dieser Einführung sein, das grosse Reformjahr, an dessen Schwelle wir nun mit unserer Publikation stehen, anders als in seinen hauptsächlichsten Zügen zu umreissen. Es dürfen hier nur die Grundlinien des grossen Werkes, das Stein geschaffen hat, der Geist, der es beseelte, die Ziele, denen es zustrebte, kurz aufgezeigt werden. Und da ist zuerst und vor allem auf eines hinzuweisen: das ist die vorwärts-reissende Kraft, die nun mit der Wiederkehr Steins in die preussische Staatsverwaltung einzog. Wer das zaghafte Tempo der preussischen Reformpolitik, die manche von Steins sozial- und wirtschaftsreformerischen Plänen ja schon längst vor dem Zusammenbruch von 1806 in Angriff genommen hatte, vergleicht mit dem Sturmschritt, in dem es nun unter Führung Steins vorwärtsging, ermisst sofort die unerhörte Gewalt der Impulse, die von ihm ausgingen. Wenn man dabei auch nicht verkennen wird, dass mit dem Zusammenbruch auch viele der vorher bestehenden Hemmnisse und Bedenklichkeiten hinweggefegt worden waren, so darf doch ebensowenig übersehen werden, dass sogleich mit Steins Ausscheiden das ganze grosse Werk wieder ins Stocken geriet — Beweis genug, dass nicht die Umstände, sondern der Geist und die Tatkraft Steins das Schicksal der Reform bestimmten.

Das lässt sich mit aller Deutlichkeit schon am ersten seiner grossen Reformgesetze beobachten. Gewiss, das Edikt über die Bauernbefreiung

war bei Steins Rückkehr bis weit in seine Einzelheiten hinein vorbereitet, aber schon wenige Tage nach Steins Amtsantritt war es Gesetz und durch seine Initiative auf den ganzen Bereich der Monarchie ausgedehnt, die Frage des Bauernschutzes von vornherein damit verkoppelt. Sie wurde wenige Monate später durch die Verordnung vom 14. Februar 1808 über das Einziehen und Zusammenschlagen der Bauernhöfe in ihre gesetzliche Form gebracht.

Inzwischen aber war das Problem der Agrarreformen schon von einer andern nicht minder wichtigen Seite her in Angriff genommen. Es war eine in den Traditionen der preussischen Agrarpolitik längst verankerte Erkenntnis, dass mit der Befreiung der Bauern von der Erbuntertänigkeit und den daraus entspringenden Diensten und Lasten doch nur ein erster Schritt auf dem Wege zum eigentlichen Ziel, der Schaffung eines selbständigen und gesunden Bauernstandes gemacht sei, und dass man, um es wirklich zu erreichen, die Bauern darüber hinaus auch zu tatsächlichen Eigentümern der von ihnen bebauten Stellen machen müsse. Stein selbst hatte schon in seiner westfälischen Zeit sich mit dieser Frage beschäftigt und war für die Verleihung des Eigentumsrechtes an die Bauern eingetreten. Diese Pläne galt es nun zu verwirklichen. Die Verhandlungen darüber sind, angeregt durch eine Denkschrift des Kriegsrats Wlömer, Ende Dezember 1807 aufgenommen worden, kamen aber vor Steins Abreise nach Berlin (Ende Februar) nicht mehr zum Abschluss. Gleich nach seiner Rückkehr aus Berlin hat Stein die Frage wieder aufgegriffen und in einer grossangelegten Denkschrift die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zusammengefasst. Wenige Tage nachher beauftragte er den Staatsminister von Schroetter mit der Abfassung des Edikts über die Verleihung des Eigentumsrechtes an die Domänenbauern. Am 27. Juli bereits wurde es vollzogen, und damit wurde 47 000 Familien, die zusammen $4\frac{1}{2}$ Millionen Magdeburgische Morgen als Pächter bebauten, die Möglichkeit gegeben, zu freien Eigentümern zu werden. Die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Privatbauern ist dann 1811 durch das Regulierungs-Edikt Hardenbergs erfolgt, allerdings in einer Form, die Stein als verderblich abgelehnt hat.

Mit derselben Energie, mit der Stein an die Lösung dieser agrarpolitischen Fragen herangegangen war, wurde sofort nach seinem Amtsantritt auch die Neugestaltung der preussischen Staatsverwaltung in Angriff genommen. Schon Ende November hat er den Plan für die Reorganisation

der obersten Staatsbehörden vorgelegt, der die Einführung der modernen Ministerialverfassung in Preussen begründete und der völlig erstarrten und bedeutungslos gewordenen Institution des Staatsrats eine neue Form und Stellung im Staatsleben gab. Einige Wochen der Beratung gingen hin, bis der Plan am 27. Februar 1808 seine endgültige Form erhielt. Seine Vollziehung aber musste zunächst ausgesetzt bleiben, weil die neue Verwaltungsordnung erst ins Leben treten konnte nach der völligen Befreiung des preussischen Staatsgebietes, deren Herbeiführung die Hauptaufgabe der in den letzten Februartagen unternommenen Reise Steins nach Berlin war. Da Steins Mission ihr Ziel nicht erreichte und die Räumung Preussens erst Ende 1808 erfolgte, so blieb der Plan liegen und wurde erst Ende 1808 kurz vor dem Abgange Steins am 24. November mit einigen Modifikationen vollzogen. Dass er auch in dieser Form nicht verwirklicht worden ist, dass das Publikandum vom 16. Dezember 1808 und die späteren Verordnungen über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden mancherlei Abänderungen gebracht haben, dass insbesondere um die Einführung des Staatsrates längere Zeit gekämpft wurde, das ändert nichts an der Tatsache, dass trotz allem die Stein'schen Reformpläne die Grundlage der modernen Organisation der preussischen Zentralbehörden geschaffen haben.

Das gleiche gilt nun auch über den Organisationsplan für die Unterbehörden des preussischen Staates, der am 27. Dezember 1807 eingereicht wurde. Er führt die Institution der Oberpräsidenten in die preussische Verwaltung ein, er hat vor allem die Organisation der Kammern (der jetzigen Regierungen) auf ihre moderne Grundlage gestellt. Auch dieser Plan ist wie der für die Reorganisation der obersten Staatsbehörden erst kurz nach Steins Abgang (durch die Verordnung vom 26. Dezember 1808 wegen der verbesserten Einrichtung der Provinzial-Polizei- und Finanzbehörden) vollzogen worden. — Während aber die Beratungen über die Reform der Zentralbehörden mit der Einreichung des Organisationsplanes vom 27. Februar 1808 im wesentlichen abgeschlossen waren, haben sich die Verhandlungen über die Reform der Unterbehörden über einen sehr viel längeren Zeitraum erstreckt, weil Stein auf dieser Stufe der Organisation Bürokratie und Selbstverwaltung verknüpfen wollte und über diese Fragen nachträglich neue Gutachten einzog. War schon im Organisationsplan für die Zentralbehörden die Mitarbeit nichtbeamteter Kräfte in den oberen Staatsbehörden durch

die Einführung wissenschaftlich-technischer Deputationen vorgesehen worden, so sollte nun auf der Stufe der Provinzialverwaltung den Vertretern der Selbstverwaltungsorgane Gelegenheit zu verantwortlicher Teilnahme an der Tätigkeit der Provinzialbehörden gegeben werden. Zu diesem Zweck plante Stein die Heranziehung ständischer Deputierter bei den Regierungen, ein Gedanke, dessen Durchführbarkeit von seinen Mitarbeitern sofort angezweifelt wurde und der sich auch praktisch nicht hat verwirklichen lassen, trotzdem die Verordnung vom 26. Dezember die ständischen Deputierten noch beibehielt.

Ausserdem aber war es die Absicht Steins, im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Provinzial- und Unterbehörden auch den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltungseinrichtungen, und zwar von unten nach oben, in Angriff zu nehmen. Sie waren gedacht als unterer Abschluss und zugleich als eines der wichtigsten Fundamente der ganzen neuen Staatsorganisation, in der mit den Kammern die Sphäre der Bürokratie aufhören und die der reinen Selbstverwaltung beginnen sollte.

Über diese Fragen der Organisation der kommunalen Selbstverwaltung und der Provinzial Behörden hat Vincke im Frühjahr und Sommer 1808 eine Reihe ausführlicher Denkschriften für Stein ausgearbeitet, in denen die Selbstverwaltungseinrichtungen Englands und Westfalens als das gemeinsame Ideal beider Männer heraustreten (Friedensrichter, Erben- und Kirchspielstage). Aber auch hier zeigte es sich, ähnlich wie bei den ständischen Deputierten, dass die Ideen Steins sich praktisch nicht verwirklichen liessen, da die aus den besonderen geschichtlichen und sozialen Verhältnissen dieser Länder erwachsenen Einrichtungen nicht auf die so anders gearteten Verhältnisse der altpreussischen Provinzen übertragen werden konnten. Über diese Schwierigkeiten ist man während der Amtszeit Steins nicht hinweggekommen, und die Reform der Kommunalverfassung des platten Landes gehört mit zu den ungelösten Aufgaben, die er seinen Nachfolgern hinterlassen hat.

Um so grossartiger und schöner ist dafür der Neubau der städtischen Selbstverwaltung gelungen. Die Richtlinien dafür hatte Stein schon in der Nassauer Denkschrift festgelegt. In ihnen hat man den Anstoss und das Fundament des grossen Werkes der Städteordnung zu sehen, trotz allem, was später an äusseren Anregungen hinzugekommen ist, um die Beratung über die Verwirklichung der Stein'schen Ideen in Fluss zu bringen,

und trotz allem, was von Steins Sachbearbeitern, insbesondere dem Königsberger Polizeidirektor Frey, für die Ausarbeitung des Gesetzes geleistet worden ist.

Stein wollte die Reform der Stadtverfassung zunächst im Zusammenhang mit den übrigen Plänen über den Aufbau der Selbstverwaltung behandeln, mit denen er sich im Frühjahr 1808 von neuem ernstlich zu beschäftigen begann. Aber nach seiner Rückkehr aus Berlin nahm er sie aus diesem Zusammenhange heraus und hat sie von Ende Juni ab mit aller Energie vorwärts getrieben. Er beauftragte Frey mit ihrer Bearbeitung, und dieser legte schon am 17. Juli seinen Entwurf der Städteordnung vor, von dem dann die ganze weitere Beratung ausgegangen ist, deren Ablauf wir in dieser Einführung nicht weiter zu verfolgen haben. Bereits am 19. November 1808 konnte das Gesetz dem König zur Vollziehung vorgelegt werden, der es durch die Kabinettsordre vom 19. November 1808 sanktionierte.

Über die ideengeschichtliche Grundlage dieses grossen Reformgesetzes, insbesondere über sein Verhältnis zur Munizipalgesetzgebung der französischen Revolution ist viel gestritten worden. Heute kann es als feststehend gelten, dass Stein selbst nicht unter dem Einfluss des französischen Vorbildes gestanden hat, sondern dass sein eigentliches Ideal die altdeutsche Stadtgemeinde gewesen ist, wie sie Möser gezeichnet hatte. Sehr viel stärker wirkten die französischen Einflüsse auf Frey, und wo sie sich in der Städteordnung bemerkbar machen, sind sie durch ihn hineingekommen, während Stein darauf bedacht war, „die fatale französische Nachahmung“ zu vermeiden. Das Übergewicht, das die neue Verfassung der Versammlung der Stadtverordneten verlieh, die allzustarke Beschränkung der Staatsaufsicht, die unklare und unbefriedigende Lösung der Frage der städtischen Polizei, das alles hat Stein sehr bald selbst als fühlbare Mängel seines Gesetzes empfunden, und er hat ihre Beseitigung durch die revidierte Städteordnung von 1831 begrüsst.

Die Städteordnung ist das einzige der grossen Reformgesetze Steins, in dem die Idee der Selbstverwaltung verwirklicht worden ist. Seine Pläne über die Bildung der Kommunalverfassung der Landgemeinden und Kreise sind, wie wir gesehen haben, nicht zur Durchführung gelangt, ebensowenig wie seine Ideen über die Schaffung von Provinzial- und Reichsständen. In diesen sollten die Kräfte der kommunalen Selbst-

verwaltung zusammengefasst werden, aber dieser zentrale Teil seines Reformprogramms ist während der Amtszeit Steins über das erste Stadium einer grundsätzlichen Erörterung nicht hinausgekommen. Um seine Verwirklichung ist dann noch Jahrzehnte gerungen worden, erst in seinem späten Alter hat Stein die Einführung der Provinzialstände erlebt und als Marschall dreier westfälischer Landtage an ihren Beratungen führenden Anteil genommen. Für die Einführung der Reichsstände hat Stein bis in sein letztes Lebensjahr immer wieder und immer vergeblich gekämpft.

So hinterlässt gerade vom Blickpunkt der Selbstverwaltung aus Steins Werk den Eindruck des Fragmentarischen und Unvollendeten. Und doch haben gerade Steins Selbstverwaltungsgedanken — sicherlich der ihm eigentümlichste Teil seiner politischen Ideologie — das ganze folgende Jahrhundert nicht losgelassen, sie sind neben dem Gedanken der Reichseinheit der stärkste und unmittelbar wirkungsmächtigste Bestandteil seines politischen Erbes für die deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts geworden.

Fassen wir nun noch einmal die Grundlinien seiner staatspolitischen Leistung zusammen. Man wird sie in vier Richtungen sehen dürfen: Erstens in der Herstellung klarer Verantwortlichkeiten und einer geordneten Geschäftsverbindung zwischen dem König und seinen obersten Ratgebern durch die Einführung der modernen Ministerialverfassung und des Staatsrats. Zweitens in der klaren und neuen Verteilung der Verwaltungsaufgaben und Befugnisse zwischen den Zentralbehörden und ihren nachgeordneten Dienststellen in der Provinzialverwaltung durch die Einführung der Oberpräsidenten und die Reorganisation der Kammern, wobei die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der letzteren gestärkt und eine Entlastung der Zentralverwaltung von aller Kleinarbeit angestrebt wurde. Drittens in der Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit am Staat in den kommunalen und provinziellen Selbstverwaltungskörpern, über denen sich als krönender Abschluss die Reichsstände aufbauen sollten. Viertens in der durchgreifenden Erneuerung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Volkslebens. Was dabei zur Hebung und Befreiung bestimmter Schichten geleistet wurde, geschah nicht allein um ihrer selbst willen und zur Beseitigung überkommener Missstände, es geschah in erster Linie, um auf diesem Wege aus dem Konglomerat kastenmässig geschiedener, vom Staat oft genug durch die

Zwischeninstanz der Feudalhoheit getrennter Schichten einen einheitlichen Volkskörper zu bilden.

An dieser Stelle vollzieht Stein den folgenschwersten, zutiefst revolutionären Eingriff in die Substanz des altpreussischen Staates: durch die Einführung eines neuen Volksbegriffes in seine politisch-geschichtliche Entwicklung. Dabei ist es nicht nur die Umwandlung der sozialen Struktur, die diesem Eingriff seinen revolutionären Charakter verleiht, er erhält ihn vor allem durch die gleichzeitig erstrebte Politisierung der Nation, die das Ziel der Selbstverwaltungspolitik Steins gewesen ist.

Politisierung, das bedeutet für ihn allerdings nicht Entfesselung der politischen Kräfte zum Kampf um irgendwelche Rechte und Freiheiten unter dem Schlagwort der Volkssouveränität, sondern in erster Linie ihren Einsatz bei der Lösung bestimmter Aufgaben und zur Übernahme bestimmter Pflichten. Nichts vermöchte deutlicher den Sinn dieser Politisierung kundzutun als das Thema, das er der ersten von ihm geplanten Versammlung preussischer Reichsstände stellte: sie sollte den Pariser Knechtungsvertrag vom 8. September 1808 verwerfen und den einmütigen Widerstandswillen des preussischen Volkes vor aller Welt und auch dem König gegenüber zum Ausdruck bringen.

Man ermisst den Umfang und die Bedeutung des revolutionären Vorstosses, der sich hier unter der Führung Steins vollzog, erst dann richtig, wenn man in ihm den Zusammenhang mit der grossen Reform begreift, die gleichzeitig auf einem anderen, dem militärischen Gebiete, in Angriff genommen wurde. Denn dieses ganze Werk der völkischen, staatlichen und militärischen Erneuerung Preussens ist aus einem Guss. Mit keinem der führenden Staatsmänner Preussens haben die Schöpfer der preussischen Wehrmacht, Scharnhorst und Gneisenau, in so enger persönlicher und geistiger Verbindung gestanden wie mit Stein. Und auch das, was sie planten, die Schaffung des preussischen Volksheeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, setzt die politische Nation voraus und sollte zugleich ein Mittel ihrer Erziehung und Bildung sein. Auf solchen geistigen Prämissen beruht die unter Steins Teilnahme geschaffene Neufassung der preussischen Kriegsartikel und des Fahnenoides, die an Stelle des Berufsethos des alten Söldnerheeres das Ethos der nationalen Idee zum Fundament des neuen preussischen Soldatentums gemacht hat. Und damit fällt auch zugleich die verhängnisvolle Scheidewand, die bisher den Soldaten von den übrigen Schichten

der Nation getrennt hatte. Überall, in der Staatsverwaltung, wie unter den Waffen, ist der Bürger des neuen Staates aufgerufen, seine physischen, seine moralischen und seine intellektuellen Kräfte in den Dienst seines Volkes zu stellen.

Das Reformwerk, dessen Ausführung und Fundierung wir hier in grossen Zügen zu umreissen suchten, ist — auf das Ganze der Stein'schen Pläne gesehen —, ein Torso geblieben. Trotzdem ist hier in knapp 14 Monaten der Neubau eines Staates von den Fundamenten aus vollzogen worden, eine Leistung, die in der Geschichte nur wenige ihresgleichen hat, und die, so hoch man auch den Anteil der Mitarbeiter veranschlagen mag, schliesslich doch allein dem Willen Steins und der Kraft seines schöpferischen Genies zu verdanken ist.

Um sie in ihrer ganzen Grösse zu würdigen, darf man keinen Augenblick vergessen — und die chronologische Anordnung des Stoffes in unserer Publikation bringt es deutlich genug zum Ausdruck —, dass das ganze Werk unter den schwersten aussenpolitischen Schwierigkeiten zustand gekommen ist. Denn von Anfang an lastete auf Steins Schultern nicht nur die Sorge um die Daseinsform des preussischen Staates, sondern die Sorge um das Dasein dieses Staates überhaupt. Preussen lebte unter dem Schwert Napoleons, jeder Tag konnte seine Vernichtung bringen, wenn es der Willkür oder den Plänen des Kaisers entsprach. Seine Truppen hielten das Land besetzt und sogen es zusammen mit den Statthaltern des Eroberers bis zum Letzten aus, und noch war die Höhe der französischen Kriegskontribution nicht bestimmt. Die Befreiung des Landes von seinen Unterdrückern auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen, dem einzigen, der Preussen noch geblieben war, die Wiederherstellung der bis ins Innerste erschütterten Staatsfinanzen, das waren die wichtigsten, sich täglich erneuernden Sorgen Steins. Ihre Bedeutung für die Geschichte seines Ministeriums kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Finanzielle Erwägungen haben bei der Reform der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse mitgesprochen, da man sich von der Bauernbefreiung eine Hebung der wirtschaftlichen und somit auch steuerlichen Leistungsfähigkeit versprach und auf die Einkünfte aus den Ablösungsgeldern der Domänenbauern hoffte. Sie haben die interimistische Organisation der obersten Staatsbehörden im Sommer 1808, die eine Verminderung des für das damalige Verwaltungsgebiet übermässig grossen und personell überbesetzten Behördenapparats bringen sollte, eindeutig

bestimmt. Sparmassnahmen an allen Ecken und Enden, Gehaltskürzungen und Beamtenabbau, Einschränkungen der Kosten der Armee und des Hofhaltes sollten dazu dienen, die Staatsbedürfnisse nach Möglichkeit zu vermindern. Um die Mittel für die Aufbringung der den einzelnen Provinzen auferlegten Kontributionen herbeizuschaffen, wurde in Ostpreussen die Einkommensteuer eingeführt, die finanzielle Leistungsfähigkeit der übrigen Provinzen bis aufs äusserste angespannt. Anleihen, der Verkauf der Kronjuwelen, der Verkauf und die Verpfändung staatlicher Domänen, die Ausnützung des Kredits der grossen Handelshäuser sollten dazu dienen, die Gelder für die Bezahlung der französischen Kontribution bereitzustellen.

Denn die Regelung der französischen Entschädigungsforderungen bildet vom ersten bis fast zum letzten Tag das zentrale Problem der Steinschen Aussen- und Finanzpolitik. Sie ist zunächst bestimmt von dem Bestreben, unter allen Umständen „die Franzosen los zu werden“, da die Räumung des Landes von der Bereinigung der französischen Ansprüche abhängig war.

Aber alle Versuche Steins, zu einer für Preussen tragbaren Lösung der Kontributionsfrage zu kommen, waren vergebens, da sie für die Franzosen von vornherein ein „calcul de politique“ und nicht ein „calcul d'arithmétique“ gewesen ist, und da Napoleon entschlossen war, den geschlagenen Staat nicht aus der Zange zu lassen. Daran ist die Pariser Mission des Prinzen Wilhelm, daran ist auch die Sendung Steins nach Berlin gescheitert. Über die Aussichtslosigkeit einer Politik der Nachgiebigkeit gab es nach der Rückkehr Steins aus Berlin keine Täuschung mehr. Wenn es ursprünglich seine Absicht gewesen war, die Vorbereitung des Befreiungskampfes erst nach erfolgter Räumung einzuleiten, so blieb jetzt nur noch der andere, viel gefährlichere Weg offen, sie unter den Augen und unter Täuschung des misstrauischen Feindes aufzunehmen und sich für die kommende bewaffnete Auseinandersetzung nach Bundesgenossen umzusehen. Es waren schwere und gefahrvolle Entscheidungen, vor die Stein sich im Sommer 1808 gestellt sah, und man begreift, dass der leitende Minister sie sorgfältig abwog, ehe er sich entschloss, eine Politik einzuleiten, die die ganze Existenz seines Staates mit einem Schlag aufs Spiel setzen konnte. Wir sind über die genauen Erwägungen, die zwischen Stein und seinen militärischen Freunden Scharnhorst und Gneisenau in diesen Wochen gepflogen wurden, kaum

unterrichtet, da die Quellen auf diesem Gebiet für diese Zeit fast völlig schweigen. Wir wissen deshalb nicht genau, wann Stein den Entschluss zur Aufnahme der Kriegspolitik gegen Frankreich gefasst hat. Scharnhorst und Gneisenau hatten schon Anfang Juni auf die heraufziehenden Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Frankreich aufmerksam gemacht und zur Annäherung an Österreich geraten. Aber Stein, dem diese Möglichkeiten selbstverständlich auch nicht entgangen waren, griff sie erst dann auf, als er sah, dass in Österreich mit den Rüstungen gegen Frankreich wirklich ernst gemacht wurde. Gleichzeitig hat dann das Eintreffen der Nachrichten aus Spanien der Kriegspolitik einen entscheidenden Auftrieb gegeben. In der zweiten Hälfte des Juli war Stein mit seinen Entschlüssen fertig, und nun, da er sich des weiteren Weges gewiss war, ging er ihn mit der ganzen Kraft und Leidenschaft seiner Seele. Jetzt brach aus ihm die lange zurückgedämmte Flamme jenes dämonischen Hasses und Kampfwillens, der nun bis zum 2. Pariser Frieden den Inhalt seines Lebens bildet, der alle Kraft Preussens, Deutschlands und Europas dem einen Zweck dienstbar machen will, der Vernichtung Napoleons. Im Kampf gegen dessen skrupellose Gewalt- und Erpressungspolitik hielt auch Stein sich nicht mehr an die Gesetze der politischen Moral gebunden. Er befürwortete die Fortsetzung der Bündnisverhandlungen mit Frankreich, ja, wenn es zu haben war, den Abschluss eines Waffenbündnisses, um unter dessen Schutz das nackte Leben so lange zu fristen, bis sich die Gelegenheit bot, über den Bündnisgenossen herzufallen. Die Verhandlungen mit Österreich wurden mit Nachdruck aufgenommen, in Schlesien die Vorbereitungen zum bewaffneten Zusammenwirken begonnen, die Volksstimmung im Norden Deutschlands sollte aufgereizt und Verbindung mit England angeknüpft werden. Den Gefahren des Unternehmens trat Stein mit heroischer Entschlossenheit entgegen: „Man muss sich die Möglichkeit des Misslingens fest vor Augen halten, sich mit den Gedanken der Entbehrungen jeder Art und des Todes vertraut machen, wenn man die Bahn betreten will, die man jetzt zu gehen sich vornimmt.“

Die Politik Steins in jenen Monaten ist von seinen Kritikern oft genug als eine Politik des aussichtslosen Verzweiflungskampfes bezeichnet worden. Aber wenn sich schon nichts über den Ausgang eines Unternehmens sagen lässt, das auf die Teilnahme Preussens an dem kommenden Krieg Österreichs gegen Frankreich, auf die militärische und finanzielle

Unterstützung Englands berechnet war und das Europa von der Donau und den Alpen bis zur Nordsee gegen Napoleon aufgerufen hätte, so wird man doch nicht übersehen dürfen, dass es die Männer, die den Krieg verstanden und in denen Napoleon später seine Bezwinger gefunden hat, dass Scharnhorst und Gneisenau es gewesen sind, die die grossen und kühnen Pläne Steins unterstützten.

Der Grösse des Einsatzes entsprach die Grösse des Zieles, um das gekämpft werden sollte. Denn die Kriegspolitik Steins ist vom ersten Tag an nicht mehr preussische, sondern deutsche Befreiungspolitik gewesen: „Der Kampf muss geführt werden zur Befreiung Deutschlands durch Deutsche!“ In diesem Kampf tritt für Stein das preussische Interesse hinter dem der deutschen Nation zurück, war er entschlossen, die Existenz des preussischen Staates aufs Spiel zu setzen. Aber wenn so Preussens Schicksal an das deutsche Schicksal gewagt werden sollte, so steht dahinter die Erkenntnis, dass nur die Befreiung des ganzen Vaterlandes die Befreiung seiner einzelnen Glieder und damit auch Preussens bringen und sichern konnte.

Die Frage, ob es Stein gelungen wäre, den König auf diesem gefährlichen Weg mitzureissen, bleibt offen. Friedrich Wilhelm III. hatte nur zögernd und mit Vorbehalt seine Zustimmung zu den Verhandlungen mit Österreich und zu den Rüstungen in Schlesien gegeben, sein nüchterner Sinn schreckte vor der Grösse und der Kühnheit der Unternehmung zurück. Aber ehe die Dinge zur Entscheidung reif wurden, hat der Brief Steins an Wittgenstein vom 15. August 1808, in dem nur andeutungsweise von Steins Plänen die Rede war, der aber Napoleon klar genug das wahre Gesicht der Stein'schen Politik verriet, diesem die Möglichkeit gegeben, die Annahme seiner Kontributionsforderungen zu erzwingen und seinen Gegner aus der Bahn zu werfen.

Die Entlassung Steins war nach dieser Katastrophe seiner Aussenpolitik unvermeidlich. Napoleon hat sie nicht ausdrücklich gefordert, aber er liess schon in den Pariser Vertrag die Bedingung aufnehmen, dass der König alle aus seinen ehemaligen Provinzen stammenden Beamten zu entlassen hätte, da er fälschlich annahm, dass Steins Stammsitz im Königreich Westfalen liege. Und wenn er auch auf dem Kongress von Erfurt, vielleicht unter dem Einfluss des Zaren, sich mit der Beschränkung Steins auf das Finanzministerium zu begnügen schien, so kann doch darüber kein Zweifel sein, dass er Stein auch in diesem Amt nicht lange geduldet hätte.

II*

Dafür hätten schon seine über Preussen gesetzten Satrapen Daru und Davoust gesorgt. Die anwachsende innerpolitische Opposition in Preussen, die ihre Verbindungen mit den französischen Behörden in Berlin dazu ausnützte, die Stimmung im französischen Lager gegen Stein zu verschärfen, hat auf diese Weise ausserdem ihr Teil zum Sturz Steins beigetragen. Aber eine entscheidende Rolle hat sie dabei nicht gespielt. Auf der anderen Seite konnten jedoch auch die Bemühungen der politischen Freunde und Gesinnungsgenossen Steins, ihre Eingaben an den König und ihre schüchternen Versuche einer Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die Presse das Schicksal Steins nicht mehr aufhalten.

Vor allem: Stein selbst war sich darüber klar, dass er nicht länger der erste Ratgeber des Königs bleiben konnte. Er bat sofort nach dem Eintreffen der Nachricht über das Schicksal des Briefes vom 15. August um seine Entlassung. Aber erst nach wochenlangen Verhandlungen und nachdem sich der König von der aussenpolitischen Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt hatte, erhielt Stein den erbetenen Abschied.

An eine Preisgabe seiner Politik hat Stein auch noch in diesem letzten Abschnitt seiner Tätigkeit nicht gedacht. Noch im Fallen gleichsam versuchte er den Gegner zu treffen, indem er die Offensiv- und Kriegspolitik mit aller Macht, auch gegen den Willen des Königs vorwärtstrieb. Aber er fand weder in Preussen noch in Österreich mehr die richtige Resonanz. Der König vollzog, ohne ihn zu fragen, die Ratifikation des Pariser Vertrags und war entschlossen, ihn loyal zu halten. Damit war die Stein'sche Kriegspolitik aufgegeben.

Es blieb ihm nur noch, die innerpolitischen Ergebnisse seiner Tätigkeit zu sichern. Er benützte die Zeit, die ihm noch gegeben war, um die Städteordnung und die Reorganisation der obersten Staatsbehörden unter Dach zu bringen. Dabei versuchte er durch eine Modifikation des Organisationsplans vom 27. Februar, nämlich durch Einführung Geheimer Staatsräte ohne Ressort, sich auch noch fernerhin die Möglichkeit einer Mitarbeit am weiteren Schicksal des preussischen Staates zu sichern. Doch auch diese Rückstellung war nicht mehr zu halten. Nun sollte wenigstens noch der Geist und das Erbe, das er hinterliess, möglichst tief verankert werden. Schon Mitte September hatte Stein einen offiziellen Presseartikel veröffentlichen lassen, der Zweck und Ziel der Reformpolitik darlegte. Ein zweiter, von Süvern entworfener Aufsatz mit dem-

selben Inhalt fand nicht die Billigung des Königs und wurde nicht veröffentlicht. In letzter Stunde, kurz vor seinem Abgang, unterzeichnete Stein ein von Schön entworfenes und mehr von dessen als von Steins eigenen Geist getragenes Rundschreiben an die Mitglieder des Generaldepartements, das man seitdem — nicht ganz mit Recht — als sein „Politisches Testament“ bezeichnet.

Am 5. Dezember 1808 verliess Stein Königsberg, um sich über Berlin nach Breslau zu begeben, wo er den Winter zubringen wollte. Inzwischen aber hatte sich Napoleon entschlossen, den gefährlichen Mann nicht weiter in seinem Machtbereich zu dulden. Am 16. Dezember 1808 erging aus Madrid das Ächtungsdekret, das „le nommé Stein“ für einen Feind Frankreichs erklärte, seine Güter konfiszierte und allen französischen und alliierten Regierungen befahl, sich seiner Person zu bemächtigen. Stein, durch den holländischen Gesandten Goldberg rechtzeitig gewarnt, blieb nichts als die Flucht nach Österreich.

Was er für den Neuaufbau des preussischen Staates geleistet hat, ist als unverlierbares Erbe in die preussisch-deutsche Geschichte eingegangen. Sein erster Versuch der Organisation eines allgemeinen deutschen Kampfes gegen die Fremdherrschaft ist zunächst gescheitert. Auch diese Einsaat blieb nicht verloren. Er selbst aber, der als ein zunächst Geschlagener der österreichischen Grenze zueilte, war durch das Achtdekret Napoleons von diesem als einer seiner gefährlichsten Gegner gekennzeichnet und ist nun erst recht zum Haupt und zum Sammelpunkt des nationalen Widerstands geworden.

Die Anwendung der bisher befolgten Editionsgrundsätze auf diesem zweiten Band unserer Publikation erfordert einige ausführliche Erläuterungen. Dem Plan und dem Aufbau des Gesamtwerks entsprechend sind auch hier die persönlichen Korrespondenzen Steins und seine programmatischen Denkschriften in erster Linie berücksichtigt worden. Aber so wenig wie der erste Band durfte sich auch dieser zweite auf die Aufnahme dieses Quellenmaterials beschränken, da diese Zeugnisse nicht ausreichen, um die politischen und wirtschaftlichen Ideen Steins, sowie die Massnahmen zu ihrer Durchführung und seine aussenpolitische Tätigkeit dokumentarisch zu belegen. Deshalb mussten auch hier die dienstlichen Akten in weitem Umfange herangezogen werden. Dies

gilt für die Amtszeit seines ersten Ministeriums, über deren publikationsmässige Darstellung schon in den ersten Seiten dieser Einführung gesprochen wurde, es gilt besonders auch für die Reformzeit.

Für den Zeitraum zwischen der ersten Entlassung und der Wiederberufung Steins ist man natürlich ausschliesslich auf seine privaten Korrespondenzen und Denkschriften angewiesen. Sie sind hier, soweit sie überhaupt noch zu ermitteln waren, in lückenloser Reihenfolge zum erstenmal im Originaltext vorgelegt, während die Publikation von Pertz nur wenige Stücke daraus im Wortlaut gebracht hat. Dabei bot neben dem Stein-Archiv wiederum der Nachlass Redens eine Reihe wichtiger bisher unbekannter oder nur an abgelegener Stelle gedruckter Briefe.

Dagegen fliessen nun für die Reformzeit diese Quellen spärlicher, als man es zunächst erwartet. Neben den Briefen an seine Frau, in denen sich Stein über das Persönliche hinaus vor allem zur allgemeinen politischen Lage Preussens äussert, enthält die Privatkorrespondenz Steins hier hauptsächlich den Briefwechsel mit Alexander von Humboldt, dem Prinzen Wilhelm, der Königin Luise und dem König. Das Thema dieser Briefe ist in erster Linie die Aussenpolitik, die wir ausserdem noch an Hand der zahlreichen Gutachten Steins zu den Beratungen der Friedensvollziehungskommission, seiner Denkschriften und seines Schriftwechsels mit Wittgenstein, Niebuhr und dem Grafen Götzen verfolgen. Die Fülle wichtigen Materials, die hier vorliegt, zeigt schon rein äusserlich die ganze Bedeutung der Kontributions- und aussenpolitischen Fragen für das zweite Ministerium Steins und die Summe der Arbeit, die ihm aus ihrer Bewältigung erwuchs.

Im Gegensatz hierzu ist nun über die eigentlichen Fragen der Staatsreform im Briefwechsel Steins wenig zu finden. Es sind darüber nur einige Briefe an Hardenberg, Altenstein und Reden vorhanden. Grössere programmatische Denkschriften aus der Feder Steins gibt es aus dieser Zeit nur wenige, und von ihnen trägt eine, die vom 14. Juni 1808 über die Verleihung des Eigentumsrechtes an die Domänenbauern, vorwiegend zusammenfassenden Charakter. Alle diese Zeugnisse sind selbstverständlich in unserer Publikation aufgenommen worden. Sie wurden ergänzt durch die Heranziehung der grossen von Altenstein konzipierten Immediatberichte zu den Organisationsplänen und der Städteordnung, die bis in die Einzelheiten der Argumentation und Diktion hinein das Gepräge des Stein'schen Geistes tragen, so dass man sie für Rein-

schriften verloren gegangener Konzepte Steins oder für seine Diktate halten möchte. Mit Ausnahme dieser Denkschriften ist das stilistische, sehr vielen Einwendungen ausgesetzte Kriterium nicht weiter als Grundlage für die Auswahl der Dokumente benutzt worden. Es sind deshalb Erlasse, Reskripte und Verfügungen, die von Steins Mitarbeitern konzipiert wurden, in der Regel nicht aufgenommen. Wo sie um des Zusammenhanges willen oder wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht zu entbehren waren, sind sie meistens als Regest verzeichnet. Eine Ausnahme bilden nur solche Aktenstücke, die ein grundsätzlich wichtiges Thema der Reform behandeln, zu dem sonst keine eigenen Aufzeichnungen Steins vorliegen, wie etwa die von Staegemann konzipierten Schreiben, die sich auf den ostpreussischen Generallandtag oder auf die agrarpolitische Seite des Domänenverkaufes beziehen. Im allgemeinen beruhen aber die Ausarbeitungen seiner Mitarbeiter auf Randverfügungen und schriftlichen Anweisungen Steins, die als wichtige und oft einzige Quellen für bestimmte Gebiete der Reform ebenso herangezogen wurden, wie seine Aufzeichnungen für Kabinettsvorträge, die er sich manchmal in besonders wichtigen Stadien der Verhandlungen gemacht hat.

Die doppelte Beschränkung auf das Grundsätzliche und das von Stein selbst Konzipierte brachte es auch mit sich, dass auf eine aktenmässige Verfolgung des Ganges der Verhandlungen über die Verwirklichung der einzelnen Reform-Massnahmen verzichtet werden musste. Das bedeutet, dass die grossen von Altenstein verfassten Organisationspläne und andere Entwürfe der Sachbearbeiter Steins, so etwa der Freys über die Städte-Ordnung, nicht in diese Publikation aufgenommen werden konnten, worüber sogleich unten noch ein Wort zu sagen sein wird. Mit diesen Denkschriften der Mitarbeiter musste zugleich auf die Randbemerkungen Steins dazu verzichtet werden. Sie sind nur dann aufgenommen, wenn sie die Form ausführlicher Bemerkungen haben und so für Steins Stellung zu einzelnen Fragen der Verwaltungsreform eine auch ohne genaue Kenntnis der Unterlagen verständliche und wichtige Äusserung darstellen (zum Beispiel Steins Bemerkungen zum Frey'schen Entwurf der Städteordnung). Auslassungen Steins zu Fragen von sekundärer Bedeutung sind, soweit sie hier überhaupt berücksichtigt werden konnten, als Regest verzeichnet. Da bei jedem aufgenommenen Stück die Fundstelle angegeben wird, ist jedem Benutzer, der sich für

eine spezielle Frage besonders interessiert, die Möglichkeit gegeben, die Akten selbst leicht aufzufinden.

Jede Abweichung von diesen Grundsätzen müsste bei konsequenter Durchführung eines extensiveren Prinzipes — das etwa die nicht von Stein konzipierten Denkschriften und Entwürfe seiner Mitarbeiter als letztlich doch von ihm inspirierte in den Rahmen einer solchen Publikation aufnehmen würde — zu einer allein für die Reformzeit viele Bände umfassenden Aktenveröffentlichung führen. Eine solche aber lag von vornherein nicht im Plan dieses Werkes. Sie ist eine Sonderaufgabe, die die etwa gleichzeitig mit der unseren begonnene grosse Aktenveröffentlichung der preussischen Staatsarchive über die Reformzeit übernommen hat¹⁾. Beide Publikationen sind in eingehenden Besprechungen im freundschaftlichen Einvernehmen zwischen den Bearbeitern aufeinander abgestimmt worden. Dabei galt als oberster Grundsatz, jeder Veröffentlichung das zu lassen, was ihr ihrem ursprünglichen Programm und Aufbau nach zukommt, Doppelabdrucke aber nach Möglichkeit zu vermeiden. So greifen also für die preussische Reformzeit die beiden Publikationen, die eine von der Persönlichkeit Steins, die andere von den sachlichen Zusammenhängen ausgehend, ineinander, und ganz prinzipiell muss für alles, was die rein aktenmässige, nicht ausdrücklich von Stein behandelte Entwicklung der Reformgesetze, die einzelnen Stadien der Entwürfe und Beratungen angeht, auf die Publikation der Staatsarchive verwiesen werden.

Dieser Publikationsreihe ist auch die Behandlung der preussischen Finanzpolitik in der Reformzeit überlassen worden. Sie wird in unserer Veröffentlichung nur dort gestreift, wo sie sich unmittelbar mit den grossen Problemen der Reformpolitik oder der Aussenpolitik Steins berührt, wie etwa in der Frage der Kriegskontribution, der Einführung der Einkommensteuer oder den staatsrechtlichen und agrarpolitischen Seiten des Domänenverkaufs. Dagegen sind die Akten über die Aufstellung der Etats, sowie diese selbst und die Finanzpläne hier nicht berücksichtigt, ebensowenig natürlich die rein finanztechnischen Fragen über die Verteilung der Kriegslasten im einzelnen, das Kriegsschuldenwesen der Provinzen und die Ausgabe der Tresorscheine. Die Verhandlungen über die Aufnahme von Staatsanleihen und den Verkauf der Kronjuwelen sind nur dort berücksichtigt, wo sie von Stein selbst im

¹⁾ Vgl. Bd. I. S. IX.

Rahmen allgemeinpolitischer Fragen behandelt wurden, wie z. B. in seiner Korrespondenz mit dem Fürsten Wittgenstein. Dagegen konnten die Briefe Niebuhrs an Stein über die Einzelheiten und den Fortgang der von ihm geführten Anleiheverhandlungen in Holland hier nicht aufgenommen werden.

In dem hier umschriebenen Rahmen glauben wir das Material über die preussische Reformzeit mit einiger Vollständigkeit erfasst zu haben. Dass einzelne wenige Stücke, darunter auch solche, die in der Steinliteratur erwähnt sind, trotz eifrigster Nachforschungen nicht wieder aufgefunden wurden, liegt in den speziellen Schwierigkeiten des ungeheuer zersplitterten Materials. Zu diesen nicht wieder aufgefundenen, aber z. B. Lehmann noch bekannten Stücken gehören als wichtigste einige Dokumente zur Geschichte der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, die sich weder in den im Geh. Staatsarchiv reponierten Beständen des Justizministeriums noch in den Kabinettsakten vorgefunden haben. — Von den Akten über die Adelsreform, das Stein noch in seinem Briefe vom 2. Januar 1809 selbst erwähnt, ist seit langem jede Spur verloren.

Den Beamten des Geheimen Staatsarchives in Berlin-Dahlem, insbesondere Herrn Archivrat Dr. Winter, bin ich für alle Unterstützungen, die sie meinen Nachforschungen angedeihen liessen, gerade für diesen Band zu besonderem Dank verpflichtet. Ausserdem habe ich der Leitung der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und hier vor allem Herrn Direktor Dr. Schulz für Hergabe wertvollen Materials zu danken, von dem ein Teil noch in den Nachträgen zum Abdruck kommen wird.

Berlin, Dezember 1936.

E. BOTZENHART.